

Stentzel, Dieter

Article — Digitized Version

Die Schattenseiten der EWG-Erweiterung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stentzel, Dieter (1973) : Die Schattenseiten der EWG-Erweiterung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 3, pp. 136-139

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134516>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Schattenseiten der EWG-Erweiterung

Dieter Stentzel, Hamburg

Die wirtschaftliche Integration von Ländern wirft ähnliche Probleme auf, wie sie aus der Diskussion über die Unternehmenskonzentration bekannt sind. Jede Fusion bedeutet zunächst einmal einen Machtzuwachs, der sich unter anderem in einem höheren Marktanteil ausdrückt. Ähnliche Effekte sind auch bei der Erweiterung der EWG zu erkennen. Gemessen am Welthandelsanteil nimmt die EWG die führende Stelle in der Welt ein; auch andere Indikatoren wie Anteile am Weltsozialprodukt, an der Weltstahlproduktion usw. können den Eindruck vermitteln, daß hier eine mächtige Wirtschaftsunion entstanden ist, an deren Erfolg nicht gezweifelt werden kann.

Verstärktes Wohlstandsgefälle in der EWG

Nun zeigen allerdings genügend Beispiele, daß die in der Größe liegenden Chancen nicht unbedingt zu einem Erfolg führen müssen, da sich auch die Schwächen aufaddieren können; dies trifft insbesondere dann zu, wenn die fusionswilligen Unternehmen nicht gut aufeinander abgestimmt sind. Gleiches gilt auch für die Gründung bzw. Erweiterung einer Wirtschaftsunion. So sind durch die Neuaufnahme dreier Mitglieder, deren Wirtschaftsstrukturen in wichtigen Punkten von denen

der bisherigen EWG-Länder abweichen, die strukturellen Probleme der EWG größer geworden.

Nimmt man das Bruttosozialprodukt pro Kopf als Maßstab für den Wohlstand, dann zeigt sich, daß sich das Wohlstandsgefälle in der EWG der Neun verstärkt hat (vgl. Tabelle 1). Durch den Beitritt Dänemarks, dem Land mit dem höchsten, und Irlands, dem Land mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen, ist die Erreichung des Ziels, die Einkommensunterschiede innerhalb der EWG-Länder anzugleichen, schon vom Ausmaß her schwieriger geworden. Hinzu kommt, daß es sich bei den Einkommensunterschieden keineswegs um reine Niveauunterschiede handelt, sondern daß starke strukturelle Diskrepanzen dahinterstehen. Dies gilt für die sektorale und die regionale ebenso wie für die Unternehmensstruktur.

Konfliktbeladene Agrarpolitik

Ein entscheidender struktureller Faktor ist die Bedeutung der Landwirtschaft in den einzelnen Staaten; denn gerade der Agrarmarkt spielt in der EWG eine wichtige Rolle. Einerseits ist hier die Integration besonders weit fortgeschritten, andererseits bilden die aus seiner speziellen Konstruktion resultierenden hohen Subventionen und hohen Konsumentenpreise einen besonderen Anlaß für Konflikte.

Die Landwirtschaft hat in den drei neuen Mitgliedsländern eine andere Bedeutung als in der alten EWG. Im Falle Großbritanniens liegt der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt mit 3,1 %

Dr. Dieter Stentzel, 31, Diplom-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Außenwirtschaft und Integrationspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

erheblich unter dem EWG-Durchschnitt und entspricht damit dem Anteil in der BRD. Mit Dänemark (Anteil 8,9 %) und Irland (Anteil 1969: 17,8 %) sind dagegen zwei Staaten mit starker Agrarorientierung der EWG beigetreten. Diese quantitativen Unterschieden erklären z. B., warum Großbritannien sich eine relativ hohe Subventionierung der Landwirtschaft erlauben konnte, Dänemark jedoch nicht.

Tabelle 1
Höhe und Struktur des Bruttosozialprodukts

Land	BSP in Mrd. \$ ¹⁾ 1970	BSP pro Kopf in \$ 1970	Anteil am BSP zu Faktorkosten in laufenden Preisen 1970	
			Landwirt- schaft ²⁾	Industrie ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	187,05	3.030	3,1	50,6
Frankreich	148,23	2.910	6,0	45,8
Italien	92,85	1.700	10,3	37,3
Niederlande	31,28	2.400	6,2	38,3 ⁴⁾
Belgien	25,88	2.670	4,5	38,6
Luxemburg	1,00	2.940	5,3 ⁴⁾	47,8 ⁴⁾
Großbritannien (und Nordirland)	121,18	2.170	3,1 ⁵⁾	41,7 ⁵⁾
Dänemark	15,57	3.160	8,9	42,9
Irland	3,89	1.320	17,8 ⁵⁾	35,2 ⁵⁾

¹⁾ In Dollars der Parität von 1970; ²⁾ Land- und Forstwirtschaft, Fischerel; ³⁾ einschließlich Bauwesen; ⁴⁾ 1968; ⁵⁾ 1969.
Quelle: OECD: National accounts of OECD-countries 1960-1970.

Auch hinsichtlich der Agrarpreispolitik wird es nicht einfach sein, eine Einigung zu erzielen. Die Nahrungsmittelausgaben haben am privaten Konsum in Irland einen Anteil von 47,2 %, in der BRD dagegen nur einen von 29,9 %. Daher werden einheitliche Preiserhöhungen auf dem EWG-Agrarmarkt zu unterschiedlich stark steigenden Lebenshaltungskosten führen, und die Regierungen werden entsprechend eine unterschiedliche Haltung gegenüber Preiserhöhungen einnehmen. Diese strukturellen Unterschiede, die durch den Beitritt der neuen EWG-Mitglieder verstärkt wurden, werden dazu führen, daß die ohnehin konfliktbeladene EWG-Agrarpolitik in Zukunft eher mit mehr als mit weniger Schwierigkeiten zu rechnen hat.

Schwierige Energiepolitik

Auch die Energiepolitik wird in der erweiterten EWG kaum einfacher. Der Kohlenbergbau spielt — gemessen am Anteil der Wertschöpfung des Kohlenbergbaus an der gesamten Industrieproduktion eines Landes — in Belgien (3,2 %), Deutschland (2,2 %), den Niederlanden (1,6 %) und Frankreich (1,2 %) ¹⁾ wirtschaftlich eine wichtige Rolle in der Energiepolitik. Für einzelne Regionen dieser Länder ist die Bedeutung des Bergbaus noch weit aus größer. In Italien spielt der Kohlenbergbau dagegen keine Rolle, und in Luxemburg fehlt er

¹⁾ Werte für 1969 vgl. UN: The Growth of World Industry, 1970 Edition, Vol. 1.

ganz. Auch Dänemark weist keinen Bergbau auf, und in Irland gibt es nur eine geringe Kohlenförderung (0,1 %) ²⁾. Dagegen ist mit Großbritannien ein Land mit einem bedeutenden Steinkohlenbergbau der EWG beigetreten. Genau vergleichbare Prozentzahlen sind für Großbritannien nicht verfügbar, jedoch lassen andere Daten darauf schließen, daß der Anteil des Steinkohlenbergbaus am britischen Sozialprodukt höher als in allen anderen EWG-Ländern ist. Die Steinkohlenförderung betrug 1970 in Großbritannien 145 Mill. t, in der BRD 112 Mill. t, in Frankreich 34 Mill. t und in Belgien 10 Mill. t ³⁾ ⁴⁾.

Mit dem britischen Beitritt ist das Ziel einer rationalen Energiepolitik, eine möglichst billige Versorgung zu ermöglichen, schwerer erreichbar geworden, auch wenn die Neigung, Kohlesubventionen zu akzeptieren, durch den Beitritt Dänemarks und Irlands geringer geworden sein dürfte. In bezug auf die Versorgungssicherheit sind die Probleme der europäischen Energiepolitik auch trotz der Nordseefunde nicht geringer geworden, da weiterhin die Abhängigkeit von überseeischen Öllieferungen bleibt.

Strukturunterschiede in der verarbeitenden Industrie

In der verarbeitenden Industrie (einschließlich Bauwesen) bestehen in der EWG der Neun starke strukturelle Diskrepanzen mit den entsprechenden Konsequenzen für die Erreichung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik.

Den mit Abstand höchsten Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten innerhalb der alten EWG weist die BRD (50,6 %) auf ⁵⁾, Italien mit 37,3 % den niedrigsten (vgl. Tabelle 1). Durch die Erweiterung ist mit Irland (1969: 35,2 %) ein schwach industrialisiertes Land hinzugekommen. Die britische Quote liegt bei 41,7 % (1969) und ist damit leicht unterdurchschnittlich. Während Irland aufgrund einer Investitionsquote von 21,7 %, die etwa der Italiens, Belgiens und Dänemarks entspricht, Anschluß an das industrielle Wachstumstempo der EWG-Länder gewinnen wird, deuten die mittelfristigen Aussichten für Großbritannien wegen der niedrigen Investitionsquote von 18,6 % auf ein langsames Wachstum der britischen Industrie hin, so daß sich deren Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern wird.

²⁾ Werte für 1968 vgl. ebenda.

³⁾ Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft, 11. Aufl., 1971.

⁴⁾ Ein Vergleich der britischen Kohlenförderung und des Sozialprodukts mit anderen Ländern gibt folgende Relationen: mit der BRD bei der Kohle 1:0,77; beim BSP 1:1,54; mit Belgien bei der Kohle 1:0,1; beim BSP 1:21.

⁵⁾ Vgl. OECD, National accounts of OECD-countries 1960-1970.

Bei einem Vergleich der Branchenstruktur fällt Irland mit einem großen Anteil der Nahrungsmittelindustrie (26,6 %) auf (vgl. Tabelle 2); relativ stark entwickelt ist dieser Sektor auch in Dänemark (20,6 %). Da die Wachstumschance dieser Branche jedoch nur noch in der Veredelung besteht und langfristig als begrenzt angesehen werden muß, ist es unter wachstumspolitischen Aspekten vorteilhaft, wenn diese Branche innerhalb der Gesamtindustrie keine sehr große Stellung einnimmt. Tendenziell werden somit durch den Beitritt der beiden EWG-Länder die Wachstumschancen der gesamten EWG beeinträchtigt. Dies braucht aber in mittelfristiger Sicht noch nicht zu einem Problem der EWG-Industriepolitik zu werden.

Tabelle 2
Bedeutung einzelner Sektoren
in % der Wertschöpfung der Gesamtindustrie 1969

Land	Nahrungsmittelindustrie	Verbrauchsgüterindustrie	Industriegüterindustrie
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾²⁾	13,3	22,1	32,7
Frankreich ²⁾	14,5	19,8	24,9
Italien	8,8	25,8	20,3
Niederlande ¹⁾	14,4	23,1	25,9
Belgien	16,3	25,8	24,8
Luxemburg	4,6	3,4	5,1
Großbritannien ¹⁾	10,9	19,0	28,2
Dänemark ¹⁾	20,6	25,7	24,3
Irland	26,6	26,3	10,6

Nahrungsmittel einschließlich Getränke und Tabak. Verbrauchsgüter: Textilien, Bekleidung, Lederwaren, Schuhe, Holzprodukte einschließlich Möbel, Druckereierwaren, Papierwaren, Glas und Keramik. Investitionsgüterindustrie: Maschinen und Transportmittel.

¹⁾ 1968; ²⁾ in Nettoproduktionswerten.

Quelle: UN: The growth of world industry, 1970 Edition, Vol. 1.

Zu einem Problem der EWG-Strukturpolitik werden jedoch verschiedene Bereiche des Konsumgütersektors. Da einzelne Industrien besonders durch ausländische Konkurrenz bedroht werden, wie z. B. die Textil- und Lederindustrie, kann ein hoher Anteil dieses Sektors an der Gesamtindu-

strie ein Wachstumshemmnis sein. Dies gilt besonders bei einem hohen Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie, wie ihn Italien (10,1 %) und Irland (13 %) aufweisen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man bei einem Vergleich der Anteile der Investitionsgüterindustrie, die langfristig gesehen einen Wachstumssektor darstellt. Auch in dieser Beziehung sind Italien und besonders Irland ungünstig strukturiert; Irland wird damit in Zukunft die EWG-Wirtschaftspolitik in besonderem Maße beschäftigen.

Konzentrationsprobleme

Die Probleme der Industriepolitik erstrecken sich nicht nur auf die Schaffung einer ausgewogenen Branchenstruktur, sondern auch auf eine Unternehmensstruktur, die den aktiven Wettbewerb garantiert. Eine Gefahr für ihn ist in Großunternehmen zu sehen, die den Markt als Monopol oder in Form von Oligopolen beherrschen. Zwar fehlen gute vergleichbare statistische Angaben über die Marktstruktur in den EWG-Staaten, doch liefert die Liste der 500 größten Industrieunternehmen aus dem Jahre 1971 genügend Aufschluß über den unterschiedlichen Grad der Konzentration (vgl. Tabelle 3).

Den höchsten Konzentrationsgrad weist Großbritannien auf; von den 500 größten europäischen Industriefirmen stellt es 161,5 und überrundet damit sowohl Deutschland (104) wie auch Frankreich (81). Bei den ersten 100 Firmen ist der Unterschied zwischen Großbritannien und der BRD gering, gegenüber Frankreich jedoch deutlich. Auch in der Rangordnung nach der Rentabilität der Firmen liegt Großbritannien vorn. Ordnet man die 500 größten Industriefirmen nach der Umsatzrendite, so stellt Großbritannien 63,5 Firmen, Deutschland aber nur 13 und Frankreich nur 7.

Großbritannien weist somit die höchste Konzentration auf; obendrein verlief der Konzentrations-

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 60,-

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

prozeß in den letzten 10 Jahren relativ schnell, und es besteht die Tendenz zu einer weiteren Beschleunigung. So wurden in den ersten neun Monaten 1972 in Großbritannien erheblich mehr Unternehmen aufgekauft als im ganzen Jahr 1971⁶⁾.

Tabelle 3

Die Spitzenreiter von Umsatz und Rentabilität

Anzahl der Firmen pro Land in der Führungsgruppe. (Multinationale Firmen wie Royal Dutch/Shell, Unilever, Dunlop-Pirelli, Agfa-Gevaert, VFW-Fokker sind je zur Hälfte einem der beiden Gastländer zugerechnet.)

Land	Rangordnung nach Umsatz		Rangordnung nach Rentab. Anteil an den 100 besten
	bei den 500 größten	bei den 100 größten	
England	161 1/2	31 1/2	63 1/2
Westdeutschland	104	31	13
Frankreich	81	17	7
Italien	21 1/2	7 1/2	1
Belgien	19 1/2	2	4
Holland	19 1/2	3	3 1/2
Dänemark	1	—	1
Luxemburg	1	—	—
sonst. Europa	89	8	7

Quelle: Vision, Oktober 1972.

Gänzlich anders ist die Lage in Dänemark und Irland. In Dänemark gibt es nur ein industrielles Großunternehmen, das unter den 500 größten den 356. Platz einnimmt. In Irland gibt es überhaupt keine Großunternehmen. Beide Staaten haben deshalb ein Interesse an einer effizienten EWG-Wettbewerbspolitik, da ihre heimischen Unternehmen durch die mißbräuchlich angewendete Marktmacht der ausländischen Großunternehmen akut bedroht werden können. Diesen Zielen steht die britische Wettbewerbspolitik entgegen, die zwar Marktmißbräuche zu verhindern sucht, zugleich aber die Konzentration förderte, um ein Gegengewicht gegen die US-Unternehmen aufzubauen.

Regionale Einkommensunterschiede

Die Regionalpolitik der EWG hat bisher keine großen Erfolge aufzuweisen, da die sechs Staaten sich nicht darüber einigen konnten, welche Kompetenz der EWG-Regionalpolitik zukommt. Noch wird Regionalpolitik vorwiegend im nationalen Rahmen betrieben. Dies liegt z. T. daran, daß die regionalpolitischen Probleme für die einzelnen Staaten eine stark unterschiedliche Bedeutung haben. Benutzt man das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner des gesamten Staates als Bezugsgröße und setzt diese Zahl ins Verhältnis zum BIP je Einwohner einzelner Regionen, so erhält man einen Maßstab für das regionale Gefälle.

⁶⁾ Vgl. FAZ Nr. 35 vom 10. 2. 1973.

In der BRD reichte das regionale Einkommensgefälle 1966 von 82 % (Saarland) bis 105 % (Hessen)⁷⁾). In Frankreich gab es 1962 von der ärmsten Provinz (Bretagne 72 %) zur reichsten (Hochnormandie 131 %) etwas stärkere Abweichungen, die z. T. allerdings dadurch bedingt sind, daß durch die Einteilung in 21 Provinzen die Regionalstruktur weiter aufgegliedert ist als in der BRD. Italien weist 1969 mit Einkommensunterschieden von 53 % (Kalabrien) und 138 % (Lombardei) das stärkste regionale Gefälle auf. Geringe regionale Probleme gibt es in den Niederlanden. In Belgien sind die Diskrepanzen wiederum etwas größer (73 % Luxemburg, 125 % Brabant).

Dänemark weist kein starkes Einkommensgefälle auf. Dies gilt auch für Großbritannien; vergleicht man das durchschnittliche persönliche Einkommen (vor Steuern) von zehn Regionen mit dem Durchschnitt in Großbritannien, so liegen die maximalen Abweichungen nach unten bei 94,9 % (Südwest) und 107 % (Westmidland-Ballungsraum). Das Durchschnittseinkommen in Nordirland liegt allerdings 20 % unter dem britischen Einkommen⁸⁾. In der Republik Irland waren dagegen 1960 starke Einkommensunterschiede zu verzeichnen. In den vier Regionen lag die Provinz Leinster 20 % über dem Durchschnitt, die beiden Provinzen Connacht und Ulster 30 % darunter¹⁰⁾.

Unter diesen Umständen ist anzunehmen, daß auch in der erweiterten EWG im Bereich der Regionalpolitik keine großen Fortschritte erzielt werden. Denn Großbritannien und Dänemark sind als Länder ohne größere Regionalprobleme nicht an der Finanzierung aufwendiger Regionalprogramme in anderen Ländern interessiert. Andererseits werden Irland und Italien gegen eine Kompetenz der Brüsseler Behörden für die gesamte Regionalpolitik sein, da die beiden Staaten befürchten müßten, daß die Regionalplanung für die Hälfte ihres Territoriums der nationalen Souveränität entzogen wird.

Ein Vergleich der einzelnen EWG-Staaten zeigt also, daß im Bereich der Struktur-, der Wettbewerbs- und Regionalpolitik die wirtschaftlichen Probleme eher größer als geringer geworden sind. Ähnliche Aussagen gelten für die Außenhandelspolitik und die Währungspolitik. Beide sind in hohem Maße durch die Struktur- und Regionalpolitik festgelegt. Das bedeutet, daß die EWG-Wirtschaftspolitik in allen Bereichen schwieriger geworden ist, wenn auch in unterschiedlichem Umfang.

⁷⁾ Ohne Stadtstaaten.

⁸⁾ Für die EWG-Länder vgl. Statistische Grundzahlen, a.a.O.

⁹⁾ Zahlen für 1969/70 vgl. Central Statistical Office: Abstract of Regional Statistics 1972.

¹⁰⁾ Vgl. H. O. Neil: Spatial Planning in Small Economy, New York 1971.